

Niederschrift
der 01. Sitzung des Ausschusses für Kultur

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 15.01.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:15 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Kollegiensaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ute Bartel

stellv. Vorsitzende/r

Herr Christian Bremert bis 18:10 Uhr

Mitglieder

Frau Friederike Fechner
Herr Jens Radtke
Herr Thomas Schulz
Frau Simone Zaepernick-Risch

Vertreter

Herr Daniel Ruddies Vertretung für Herrn Torsten Grundke
Frau Morgan Gwendolyn Varbelow Vertretung für Frau Andrea Kühl

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt
Herr Markus Borbe
Herr Torsten Kellotat
Herr Peter Koslik
Herr Dr. Christoph Langner
Frau Sylvia Lieckfeldt
Herr Gunnar Möller
Herr Dr. Dirk Schleinert
Frau Anja Strüwing
Frau Natalie Mariella Nötzel

Gäste

Herr Vincenz Kurze
Herr Gerd Meyerhoff
Herr Dr. Franz Gerd Triebenecker
Herr Markus Hinze

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 26.11.2025
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2026 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0053/2025
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Akustik St. Jakobi
- 4.2** Straßenbenennung in neu geplanten Wohngebieten
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 10 Mitgliedern des Ausschusses für Kultur sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Zu Beginn der Sitzung verpflichtet Frau Bartel Frau Varbelow gemäß § 28 Abs. 2 KV M-V auf die ordnungsgemäße Ausübung ihrer Pflichten.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 26.11.2025

Die Niederschrift der 08. Sitzung des Ausschusses für Kultur vom 26.11.2025 wird ohne Änderungen / Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 3 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2026 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0053/2025

Herr Kellotat gibt eine Einführung in die Haushaltssatzung und Haushaltspläne 2026. Die gezeigte Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt.

Derzeit wird im Ergebnishaushalt mit einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 15,1 Mio. EUR gerechnet. Die Erträge sind zwar gestiegen, aber nicht so stark wie die Aufwendungen. Im Finanzhaushalt ergibt sich aus der Verwaltungstätigkeit ein Saldo von -24,7 Mio. EUR. Im Bereich der Investitionen ergibt sich ein Negativsaldo von 15,4 Mio. EUR. Herr Kellotat erklärt, dass es sich hierbei um Fördermittel und die entsprechend zu leistenden Eigenanteile handelt. Daraus ergibt sich auch eine geplante Kreditneuaufnahme in Höhe von 15,4 Mio. EUR. Aufgrund von Ermächtigungsgrundlagen aus den vergangenen Jahren kann die Höhe der Kreditneuaufnahmen aber auch noch steigen.

Herr Kellotat erklärt weiter, dass die FAG-Schlüsselzuweisungen immer geringer werden bei gleichzeitigem Anstieg der Ausgaben, die die Hansestadt übernehmen muss. Als Beispiel nennt er die beitragsfreie Kita, für die die Kommunen die Kosten tragen müssen.

Die gestiegenen Erträge im Bereich des Theaters erklären sich dadurch, dass in diesem und im nächsten Jahr die Zuweisungen des Landes an die Hansestadt Stralsund als Gesellschafter ausgezahlt werden (12 Mio. EUR). Diese werden in Gänze an das Theater

weitergegeben. Stralsund zahlt auch in diesem Jahr einen Eigenanteil von 5,1 Mio. EUR an das Theater.

Weiter weist Herr Kellotat darauf hin, dass in Bezug auf die Kreisumlage mit dem ursprünglichen Ansatz des Landkreises gerechnet wurde.

Der Kämmerer betont, dass sich die Hansestadt Stralsund freiwillige Leistungen in Höhe von 12 % ihres Haushaltsvolumens leistet. In 2026 beläuft sich diese Summe auf 19,9 Mio. EUR. Bei der jetzigen Haushaltssituation könnte es dazu kommen, dass die Rechtsaufsichtsbehörde eine Kürzung dieser Ausgaben auf fünf bis sechs Prozent fordert. Er bittet dies zu bedenken.

Ebenfalls in diesem Haushaltsjahr soll das STRALSUND Museum wiedereröffnet werden. Für die Sanierung sind als Eigenanteil noch 500 T EUR im Haushalt für dieses Jahr eingeplant.

Im Theater muss die Inspizientenanlage erneuert werden, dafür sind im Haushalt 765 T EUR vorgesehen.

Frau Bartel dankt der Kämmerei für die geleistete Arbeit.

Sie begrüßt es, dass die Kreisumlage wie vom Landkreis prognostiziert in den Haushalt aufgenommen worden ist.

Des Weiteren begrüßt die Ausschussvorsitzende, dass Gelder umgeschichtet und so für andere Projekte genutzt werden.

Auch die Entscheidung bezüglich der Inspizientenanlage für das Theater begrüßt Frau Bartel.

Zu Stellen in der Musikschule erklärt Frau Bartel, dass 19 durch das Land mit einer 30igen Kostenerstattung gefördert werden.

Die Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0053/2025 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 4 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Akustik St. Jakobi

Frau Bartel bittet Herrn Meyerhoff, Herrn Dr. Triebenecker und den Vertreter von Soundprojekt, Herrn Hinz, um Auskunft bezüglich der Akustik in der Kulturkirche St. Jakobi.

Herr Schulz erläutert die Problematik. Vor allem bei elektronischen Konzerten sei die Akustik nicht zufriedenstellend. Er möchte erfahren, ob es Möglichkeiten gibt, die Akustik mit wenig finanziellen Aufwand zu verbessern.

Frau Zaepernick-Risch konkretisiert, dass die Akustik je nach Sitzplatz unterschiedlich ist. Laut Erfahrungsberichten ist der Klang oftmals hinten schlechter als vorne. Dies variiert jedoch nach Veranstaltungsunternehmer. Sie erfragt, ob die Veranstalter darüber informiert werden, dass der Raumklang je nach Ausstattung unterschiedlich sein kann.

Im Anschluss weist Frau Fechner darauf hin, dass die Akustik vor allem bei Lesungen und Vorträgen ausbaufähig ist.

Herr Dr. Triebenecker informiert, dass zwischen verstärkter und nicht verstärkter Musik unterschieden wird. Die nicht verstärkte Musik ist die, bei der es zu Klangproblemen kommt. Hierfür war bereits ein Akustiker vor Ort. Die Probleme könnten mit einfachen Mitteln verbessert werden, dabei würde jedoch der Orgelklang benachteiligt. Diese Mittel würden nur bei nicht verstärkten Konzerten in kleiner Besetzung Abhilfe verschaffen. Bezüglich der verstärkten Konzerte teilt er mit, dass bei diesen in der Regel eine Vor-Ort-Besichtigung vor dem Auftritt erfolgt.

Anschließend hebt er vor, dass einige Auftritte von Künstlern von Soundprojekt ausgestattet werden. Laut ihm sind die Konzerte in Zusammenarbeit mit Soundprojekt die, die weniger Probleme mit der Akustik aufweisen. Er merkt an, dass die Akustik im hinteren Bereich des Saals häufig schlechter ist, da Gastveranstalter oft nicht vertraut mit dem Saal sind und nicht die entsprechende Ausstattung mitbringen. Die Problematik hierbei ist, dass den Veranstaltern nicht vorgeschrieben werden darf, dass sie von Soundprojekt ausgestattet werden sollten. Er stimmt zu, dass der Raum grundlegend schwer zu bespielen ist. Trotz alledem ist der Saal unter Veranstaltern gefragt.

Laut dem Akustiker wäre eine akustische Verbesserung ohne größere Einbauten möglich, diese würden jedoch keine generelle Lösung zum Problem darstellen. Er merkt an, dass das grundlegende Problem in der technischen Ausstattung liegt.

Anschließend ergänzt er, dass sich das Problem nicht durch zusätzliche Beratung beheben lassen wird, da diese bereits gegeben ist. Eine generelle Lösung wäre es, dass ein Soundsystem in die Kirche eingebaut wird. Die Kirche ist dafür jedoch nicht prädestiniert. Da auch Musik gespielt wird, die für den Bau der Kirche nicht ausgelegt ist, muss dieser Nachteil technisch kompensiert werden. Dies gelingt jedoch nicht immer.

Herr Hinz stimmt den Aussagen von Herrn Dr. Triebenecker zu. Er teilt mit, dass sich die Veranstalter oft Ausstattung mieten, die nicht für die Gegebenheiten des Kirchsaals ausgelegt ist.

Frau Zaepernick-Risch teilt mit, dass sich ihre Annahmen bestätigt haben. Ein Soundsystem einzubauen, ist für sie keine Lösung und finanziell nicht realisierbar.

Herr Radtke erfragt, ob es möglich ist, die Veranstalter vorab zu einem Soundcheck zu verpflichten.

Herr Dr. Triebenecker entgegnet, dass dieser normalerweise stattfindet. Dennoch scheinen laut ihm manche Veranstalter beratungsresistent.

Nachgehend erklärt Herr Hinz, dass es manchmal nicht genügend Zeit für einen Soundcheck gibt. In diesem Fall wird dann ein „Light-Check“ durchgeführt. Dies ist aber nicht die Regel.

Frau Fechner geht erneut auf die defizitäre Akustik bezüglich der Sprachübertragung ein.

Daraufhin erwidert Herr Dr. Triebenecker, dass bei Redebeiträgen ein umfangreicheres Delaysystem gebraucht wird, was aufgrund der hohen Kosten jedoch nicht umsetzbar ist. Sollte der Redner eine kräftige Stimme haben und der Vortrag nicht allzu lang sein, empfiehlt Herr Dr. Triebenecker, oftmals auf eine Tonverstärkung zu verzichten.

Herr Meyerhoff begrüßt es, dass der Raum in seinem Ursprungszustand genutzt wird. In Zukunft soll eine Änderung an der Kanzel für solistische Redebeiträge vorgenommen werden. Es ist vorstellbar, dass dort dann auch Lesungen und Reden gehalten werden können.

Herr Dr. Triebenecker entgegnet, dass die Kanzel dafür ausgelegt ist und es einfacher ist, diese vom Ton her zu verstärken. Er merkt an, dass der Bereich stimmlich ungefähr 150 Menschen abdeckt. Da diese Fläche jedoch noch nicht bespielt worden ist, müssten hier erst Erfahrungen gesammelt werden. Laut ihm könnte dies ein neues Veranstaltungsformat werden.

Frau Bartel bedankt sich für die Ausführungen und bittet die Fraktionsmitglieder, die neuen Informationen in die Fraktionen weiter zu tragen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 4.2 Straßenbenennung in neu geplanten Wohngebieten

Frau Bartel begrüßt es, dass sich über die Thematik „Straßenbenennung in neu geplanten Wohngebieten“ ausgetauscht wird und bittet die Verwaltung um Auskunft.

Frau Fechner möchte erfahren, wie die Vergabe von Straßennamen erfolgt und ob Bürger oder Ausschussmitglieder Vorschläge einbringen dürfen. Ihr Anliegen wäre unter anderem die Benennung von Straßen nach den Warenhausgründern Wertheim und Tietz und bekannter Baumeister.

Herr Dr. Schleinert teilt mit, dass die Federführung im Amt 60 liegt und dass das Stadtarchiv gebeten wird, einen inhaltlichen Vorschlag zur Namensvergabe zu unterbreiten. Zuletzt beteiligt war Herr Dr. Schleinert am Baugebiet an der Brandshägerstraße. Hier wurden inhaltlich zusammenhängende Namen vergeben. Für Vorschläge zur Straßenbenennung ist das Stadtarchiv offen.

Frau Bartel möchte von Frau Behrendt erfahren, inwiefern der Kulturausschuss diesbezüglich mit einbezogen werden könnte.

Frau Behrendt entgegnet, dass der Ausschuss die Möglichkeit hat, eine Prioritätenliste mit Namensvorschlägen (evtl. nach Themen geordnet) im Ausschuss zu erarbeiten. Diese könne dann an die Verwaltung weitergeleitet werden, um zukünftig als Grundlage für Straßenbenennungen zu dienen. Da zur Benennung von Straßen ämterübergreifend gearbeitet wird, kann sie keine Antwort zum genauen Ablauf der Vergabe geben.

In diesem Zusammenhang schlägt Frau Bartel vor, die Frage bezüglich des genauen Ablaufes schriftlich vom Amt 60 beantworten zu lassen.

Auf die Nachfrage von Frau Fechner teilt Herr Dr. Schleinert mit, dass es grundsätzlich keine Einschränkungen in Bezug auf die Namensvorschläge gibt. Hinsichtlich der Diktaturen im 20. Jahrhundert müsse jedoch vorher die Zulässigkeit geprüft werden.

Dahingehend spricht sich Frau Bartel dafür aus, dass sich auch in Bezug auf Namen von jüdischen Kaufleuten Gedanken gemacht werden muss, wo diese am besten eingebracht werden.

Frau Fechner hält es für eine Möglichkeit, jüdische Namen in Richtung des jüdischen Friedhofes in Niederhof (Sundhagen) einzubringen. Sie findet es wichtig, dass sich mit der jüdischen Geschichte der Stadt befasst wird. Die Bedenken von Herrn Dr. Schleinert teilt sie nicht.

Herr Schulz schlägt vor, dass sich innerhalb der Fraktionen über Namensvorschläge ausgetauscht werden soll, um sich in der nächsten Sitzung im nichtöffentlichen Teil gemeinsam über mögliche Ideen auszutauschen.

Im Anschluss weist Frau Zaepernick-Risch darauf hin, dass die Anzahl der zu vergebenden Straßennamen vorab genannt werden sollte, damit eine entsprechende Wahl an Vorschlägen unterbreitet werden kann.

Der Ausschuss verständigt sich darauf, zur Sitzung im April einen Vertreter vom Amt 60 einzuladen und sich über die Thematik innerhalb der Fraktionen auszutauschen.

Da kein weiterer Redebedarf besteht, schließt die Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Frau Behrendt informiert, dass in Zusammenarbeit mit der Tourismuszentrale ab April/Mai regelmäßig nach Voranmeldung Führungen im Katharinenkloster – STRALSUND MUSEUM angeboten werden.

Frau Bartel möchte wissen, ob eine Führung mit dem Kulturausschuss möglich ist.
Frau Behrendt antwortet, dass dies grundsätzlich immer möglich ist.
Der Ausschuss verständigt sich auf eine Führung im Juni.

Frau Fechner erkundigt sich, ob die Möglichkeit besteht, „Die Olthoffschen Schwestern“ (zwei Gemälde von Georg David Matthieu) in das Ohltoffsche Palais (Ossenreyerstraße 1) zu hängen. Dies verneint Frau Behrendt, da das Gebäude nicht entsprechend gesichert ist. Herr Radtke schlägt vor, Fotografien oder Nachdrucke in das Haus zu hängen. Frau Behrendt nimmt den Vorschlag mit.

Frau Bartel schließt den Tagesordnungspunkt.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Frau Bartel stellt die Öffentlichkeit wieder her und schließt die Sitzung

gez. Ute Bartel
Vorsitzende

gez. Gaby Ely
Protokollführung